



Volles Haus im Münchner Augustiner Keller: Die Zahnärzte aus München und Oberbayern diskutierten intensiv darüber, wie sie auf das Spardiktat der schwarz-roten Koalition reagieren werden.

Das Spardiktat und die Folgen

KZVB informiert im Münchner Augustiner Keller über Warkens Gesundheitsreform

Schon kurz nach Veröffentlichung des Referentenentwurfes für das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (BStabG) informierte die KZVB ihre Mitglieder über die geplanten Änderungen. Die erste Präsenzveranstaltung fand im Mai im Julius-Spital in Würzburg statt. Ende Juni wurden die Zahnärzte aus München und Oberbayern informiert. Das Interesse war enorm. Der große Festsaal im Augustiner Keller war voll besetzt.

Der KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott nahm kein Blatt vor den Mund. Aus seiner Sicht ist Nina Warkens (CDU) BStabG ein Spardiktat. Über Jahrzehnte gewachsene Versorgungsstrukturen würden dadurch zerstört. Durch das Moratorium für Punktwert- und Budgeterhöhungen stünden in den kommenden drei Jahren rund 180 Millionen Euro weniger für die zahnmedizinische Versorgung in Bayern zur Verfügung. Die Niederlassungsbereitschaft werde weiter sinken, das Praxissterben beschleunigt. Die Patienten müssten wegen der Absenkung der Festzuschüsse mit höheren Zuzahlungen beim Zahnersatz rechnen. Zumindest den „Kahlschlag in der Kieferorthopädie“ habe man (Stand: 1. Juli 2026) verhindern können. Sowohl die CSU-Landesgruppe als auch die bayerische Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) hätten zugesichert, dass der Fachzahnarztvorbehalt gestrichen werde (siehe Seiten 6/7).

Die stellvertretende KZVB-Vorsitzende Dr. Marion Teichmann kritisierte, dass der Honorar-Rasenmäher auch bei den Zahnärzten angesetzt werde, obwohl sie nicht die Kostentreiber im deutschen Gesundheitswesen seien: „Durch unsere Präventionserfolge haben die Krankenkassen Milliarden eingespart. Der Dank sind Ho-

norarkürzungen.“ Sie verwies auch darauf, dass weiterhin fast 12 Milliarden Euro für versicherungsfremde Leistungen ausgegeben werden. Zum Vergleich: Die gesamte Zahnmedizin kostet die GKV rund 18 Milliarden Euro.

Vorstandsmitglied Dr. Jens Kober sah trotz widriger politischer Rahmenbedingungen keinen Grund für Pessimismus. Die größten Verlierer dieser Gesundheitsreform seien die Patienten. Für die Zahnärzte heiße die einzige logische Konsequenz aus diesem Gesetz nämlich: Mehr GOZ, weniger Bema. Kober verwies auch darauf, dass der KCH-Punktwert seit Amtsantritt dieses Vorstands im Jahr 2023 um rund 16 Prozent gestiegen sei. Jeder Vertragszahnarzt müsse für seine Leistungen die Preise aufrufen, die er für die wirtschaftliche Praxisführung brauche.

In der anschließenden Diskussion brachten die rund 250 Teilnehmer ihren Frust und ihre Enttäuschung über die Politik der schwarz-roten Koalition deutlich zum Ausdruck. Höhere Eigenanteile der Patienten seien die unvermeidliche Konsequenz. Nur so könnten die Praxen ihr wirtschaftliches Überleben sichern.

Leo Hofmeier



Dr. Rüdiger Schott, Dr. Marion Teichmann und Dr. Jens Kober sprachen Klartext, warnten aber auch vor Resignation und Pessimismus. „Mehr GOZ, weniger Bema“ – das gelte jetzt mehr denn je.

KZVB IM DIALOG – SIE FRAGEN. WIR ANTWORTEN.

Dienstag, 21.7.

(Sinzing bei Regensburg)

Mittwoch, 22.7. (Nürnberg)

Weitere Informationen und Anmeldung: kzvb.de/infoveranstaltung